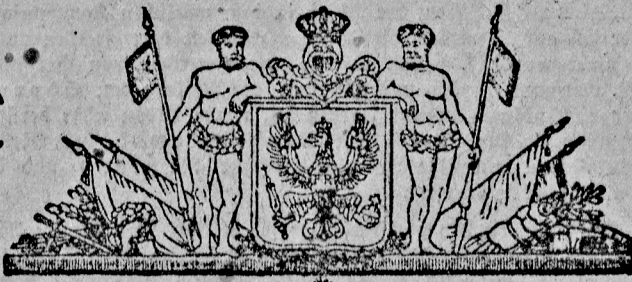


Wossische



Zeitung

Begründet

1704

Mit

50 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen. Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsl.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 600.

Niedererbleute.

Von
Wilhelm Poed.

Der bekannte Romanschreiber, der in der „Wossischen Zeitung“ mit seinen Schilderungen von Land und Leuten der Wasserante mehrmals zu Wort gekommen ist, sendet uns ein aus genauer Kenntnis geschöpftes Stimmungsbild zu der Groß-Hamburg-Frage, über die heute die direkten Verhandlungen in Berlin beginnen.

Noch preussischen presseamtlichen Äußerungen soll eine Abtretung preussischer Gebietsanteile an Hamburg nur stattfinden, wenn die Bevölkerung der betreffenden Landesteile damit einverstanden ist. Damit ist die Zustimmung der beiden beteiligten Provinzen als Ganzes gemeint. Daneben aber müßten ganz zweifellos die von der Abtretung betroffenen Volksteile selbst gehört werden. Der Zweckmäßigkeit der Abtrennung selbst soll hier nicht geprüft, sondern nur auf Grund langjähriger eigener Kenntnis niedererbleuter Leute die Bevölkerungspsyche im Hinblick auf die Groß-Hamburg-Frage kurz beleuchtet werden.

Bei den Gebietsabtretungen handelt es sich in erster Linie um Marschenbezirke. Wenn ich den hervorsteckendsten Zug der Marschenleute kennzeichnen soll, so am besten dadurch, daß ich von ihnen „Freiheit“ gelernt habe. Der Marschenbauer, -fischer, -handwerker, ja selbst das Gefinde hat diesen in dem engeren und weiteren Bereich der freien Elbestadt von jeher als besonders kräftige Pflanze gedehenden Sinn, dies Gefühl für Freiheit und Unabhängigkeit zunächst schon einmal mit der Muttermilch eingeatmet; denn Leibeigenschaft, serviles Bilden vor Beamten und Schamwangen vor Machthabern hat es an der Niederelbe (allerdings in anderen deutschen Marschenbezirken auch nicht) nie gegeben.

Wenn behauptet wird, daß der Marschenwohlstand an der Niederelbe sich Klassenbildend geäußert hätte, daß das patriarchalische Verhältnis zwischen Gefinde und Herrschaft, wie es auf der Geest bestes, sich zu seiner durch besondere Anrede und Tischtrennung charakterisierenden Kastenbildung abgeändert hätte, so trifft dies für die Marschenbauern des engeren Anschlußbezirks (Hannoverscher Finkenwerder, Altenwerder, Wilhelmsburg) nicht zu — wenigstens nicht bis zur Millionenbauernperiode — sondern hier wirkten und lebten die Dienstboten mit den Bauern in völlig einträchtiger, durch den Geldeuskel nicht getrübbter Weise, obwohl es auch hier schon vor dreißig und mehr Jahren solche gab, die wohl manches Rittergut hätten aufkaufen können. Das hängt mit einem vom Vermögensstandpunkt ausgesprochen marschenländischen Mittelstand des Hamburger Deltas zusammen: den Milchhöfern und Fischern, die solche Klassengegenstände wie sie z. B. heute in Land Hadeln oder Dithmarschen bestehen, nicht aufkommen ließen, sondern sich durch Heirat mit dem Bollbauernstand dauernd verschwägerten.

Dieser schöne demokratische Zug machte das Leben und den Familienverkehr in diesem ganzen Inselbereich, in dem ich aufgewachsen bin, von jeher zu einem außerordentlich behaglichen. Die Verkehrsbeziehungen, in denen sich Pastor, Doktor, Gendarm, Kantor, Bauer, Milchhöfer, Handwerker zwanglos und völlig gleichstehend bewegten und die sich durch eine für ländliche Verhältnisse sehr respektable geistige Höhe kennzeichneten, standen ganz in dem als äußerst angenehm und freudvoll empfundenen Fluidum Hamburgs, mit dem ja die Inseln ehemals durch die Zoll-erkasse noch besonders verbunden waren. Mit dem steigenden Wohlstand des späteren Zollangeschlossenen Hamburg nahmen diese Sympathien noch zu. „Liberty sagt de Engelsmann, und dat seg ik ot“, sagte der alte witzige Milchmann, mit dem ich in meiner Jugendzeit Whist spielte — und so dachten sie alle.

Billing im Gegensatz dazu steht die Psyche der hannoverschen Geestleute, die allerdings für den Anschluß weniger in Frage kommen. In meinem Geburtsort, einem Geestdorf, war alles abhängig vom königlich preussischen Domänenpächter, der nur „de Herr“ genannt wurde und infolge der durch 1866 veränderten Verhältnisse im Hannoverschen vielerorts in die traditionellen Rechte oder mindestens Ansprüche des landfässigen Adels eingetreten war. Diese auch heute noch geliebene Ehrfurcht vor dem Adel und Respekt vor seinem Gutsbesitz soll hier nur deswegen gestreift werden, weil sie die Handgriffe der heutigen deutsch-hannoverschen Bewegung bilden, deren Leiter an der Groß-Hamburg-Frage ebenfalls stark interessiert sind. Der Fehler dieser Partei ist aber, daß ihre neuen demokratischen Neigungen nur äußerliche sind. So wird sie bei der Abstimmung für ein freies Hannover kaum die Randgeestleute gewinnen können, denn auch die sind durch die Zeitläufte stark demokratisch durchseht; die reichen autokratischen Marschenbauern aber, wie auch in Ostfriesland, unter keinen Umständen. Freibeitlich gerichtet sind auch die rechtselbischen Geestleute, gleichfalls infolge der Nähe und Einwirkungen Hamburgs.

Etwas anders verhält es sich mit der Psychologie der Altonaer und Harburger. Hier erstreckt Hamburg, wie es scheint, zunächst nur die Hafengebiete, aber es ist klar, daß die eine halbe Staatsfreiheit die andere Hälfte nach sich ziehen muß. Bei Harburg ist es sogar gewiß, denn der Harburger Seehafen ist ein baulich mit den betreffenden Anlagen eng verwachsener Industriehafen, der eine geteilte fremde Hoheitsverwaltung unter keinen Umständen verträgt. Allerdings wird Preußen weder die Abtretung des Harburger noch des Altonaer Hafens zugestehen — wenigstens vorläufig nicht. Immerhin dürfte die mutmaßliche Haltung der Bevölkerung in einem solchen Fall doch interessieren. In beiden Fällen spielt vornehmlich die preussische Beamtenchaft eine nicht unwesentliche Rolle. Aber eigentlich beliebt sind diese Kreise wohl

kaum gewesen, ebensowenig wie der preussische militäristische und Offiziersschlag, der ja allerdings gemeinsam mit den Beamten dem Verhalten beider Städte bei offiziellen Gelegenheiten das äußere Gesicht vorschrieb. In Harburg mit seinen ausgeprägten Klassengegenständen, dem kosmopolitisch gerichteten Blick seiner hochintelligenten Industriellen, der ebenfalls mit gutem kaufmännischen Grip begabten Bürgerschaft und seiner hochqualifizierten Fabrikbevölkerung ist das Sträuben der maßgebenden Schichten gegen den hamburgischen Anschluß hauptsächlich wohl auf die Befürchtung zurückzuführen, daß Hamburg den Harburger Hafen zugunsten seines eigenen differenziert behandeln wird, sobald es ihn erst in der Hand hat. Würde Hamburg nach dieser Richtung hin beständige Garantien geben, so würde sich wohl kaum ein besonderer Widerspruch gegen die Terraintabtretung geltend machen, selbst wenn „der Herzog“ hinter „dem Mantel“ her müßte. Der Altonaer Anschluß wäre aus diesem Grunde eigentlich noch selbstverständlicher, denn der Bevölkerungsgrundstock beider Städte ist ja

noch viel enger verschmolzen. Eine Fusion aller dreier Städte, zu denen sich dann Wandsbøl automatisch als vierte im Bunde gesellen müßte, würde, das ist meine feste Überzeugung, binnen kurzer Zeit ein Handelsemporium allerersten Ranges erzeugen, das sich mit der hinsichtlich gewordenen Rivalität seiner drei Häfen binnen kurzem einen noch viel bedeutenderen Rang als Welt-handelsplatz erobern würde, als dem überall eingegengten Hamburg allein möglich ist. Aber ob sich Preußen in absehbarer Zeit zu diesem Gesichtspunkt belassen wird, ist nach seiner augenblicklichen Haltung wohl mehr als zweifelhaft.

Aus diesem politischen Grunde ist es auch fraglich, ob Preußen große Neigung haben wird, die Stimmung der für die Abtretung in Frage stehenden Volksbezirke im Vorwege zu ergründen. Geschiehe es aber doch, so dürfte der Ausfall kaum zweifelhaft sein. Die hamburgischen Untertan würden sich vermutlich, die ländlichen geschloffen, die städtischen mit überwiegender Mehrheit für den Anschluß an Hamburg entscheiden.

Das Ergebnis von Boulogne.

Die Einheitsfront für Genua.

Ueber die Ergebnisse der geheimen Verhandlungen, die in der Unterpräfektur zu Boulogne zwischen Lloyd George und Poincaré stattgefunden haben, zeigt man sich in Paris und London gleichermaßen zufrieden, wobei es im Unklaren bleibt, ob diese Ergebnisse außer dem kleinen Kreise der leitenden englischen und französischen Staatsmänner in ihrem vollen Umfange bekannt geworden sind, und ob sie sich in den Punkten erschöpfen, die von den Zeitungen in London und Paris hervorgehoben werden.

Unter den Vereinbarungen, die erwähnt werden, ist die wichtigste die über den französisch-englischen Sicherheitsvertrag, der nach mannigfachen Schwierigkeiten zu Boulogne zustande gekommen ist. Man erfährt darüber lediglich, daß er auf einen längeren Zeitraum abgeschlossen worden ist, als ursprünglich geplant war, also auf mehr als zehn Jahre. Es fehlt aber jede Mitteilung über den — geänderten — Inhalt des Abkommens, besonders darüber, ob er nunmehr Gegenseitigkeit vorstelt, und welche Einigung über die Frage der U-Boot-Tonnage dem Abschluß des Abkommens vorausgegangen ist.

Hinsichtlich der Konferenz von Genua hört man bisher nur von Vereinbarungen negativer Natur. Die Friedensverträge sollen in Genua nicht zur Diskussion gestellt werden, die Frage der Wiedergutmachungen soll auf der Konferenz nicht aufgeworfen werden, die der Abrüstung soll dem Völkerbunde überlassen bleiben. In bezug auf die Abrüstung wird festgestellt, daß der britische Premierminister nicht die — ihm vom „Temps“ zugeschriebene — Absicht gehabt habe, in Genua das Problem der Vandalbrüstung anzuschneiden. Die Absicht aber, auf der Genuaer Konferenz die Friedensverträge oder den Londoner Zahlungsplan zur Diskussion zu stellen, hat niemals ernsthaft bestanden.

Ueber die Neuregelung der Reparationszahlung hört man, daß sie seit einiger Zeit Gegenstand von Besprechungen ist, deren Abschluß bevorsteht. Die Entscheidung der Reparationskommission, die man als Entscheidung der im obersten Rat vertretenen alliierten Mächte ansehen dürfen, wird in den nächsten Tagen erfolgen. In neutralen diplomatischen Kreisen glaubt man Grund zu der Auffassung zu haben, daß die Antwort auf das bekannte Stundungsbegehren der deutschen Regierung in entgegenkommendem Sinne lauten wird und nimmt sogar an, daß die Neuregelung der Zahlungen sich nicht auf das Jahr 1922 beschränken, sondern darüber hinaus sich auch auf die kommenden Jahre und Zahlungen erstrecken soll. In der Reparationsfrage soll zwischen der englischen und französischen Regierung eine Uebereinstimmung in der Auffassung erfolgt sein, daß das Problem als ein europäisches und weltwirtschaftliches anzusehen sei und dementsprechend behandelt werden müsse; daß es nicht in kurzen Zwischenräumen immer wieder erörtert, sondern daß der Zahlungsplan auf eine Basis gestellt werden müsse, die es Deutschland ermöglicht, die geforderten Leistungen auch zu erfüllen, ohne wirtschaftlich zusammenzubrechen und ohne nach kurzer Frist neuerlich an die Alliierten wenden zu müssen. In diesem Zusammenhang ist auch wieder die Möglichkeit einer internationalen Anleihe für Deutschland erörtert worden.

Das Reparationsproblem wird also die beteiligten Mächte vor und nach Genua, aber jedenfalls nicht in Genua beschäftigen. So war es auch von vornherein gemeint. Es ist aber nicht wahrscheinlich, daß sich die Zufriedenheit über das Ergebnis von Boulogne lediglich auf negative Vereinbarung hinsichtlich der Konferenz von Genua bezieht. Man darf wohl annehmen, daß darüber hinaus eine weitergehende Annäherung der Ansichten der britischen und der französischen Regierung über die gesamteuropäischen politischen Fragen erreicht worden ist, eine Uebereinstimmung ähnlich der, wie sie vor Cannes zwischen Lloyd George und Briand erzielt worden war.

Die Kenntnis dieser Vereinbarungen bleibt auf die Kabinette von London und Paris beschränkt, sie werden sich

aber sehr bald in der europäischen Politik bemerkbar machen müssen. Es bleibt abzuwarten, ob sie wirklich von „europäischem Geiste“ erfüllt und getragen sind, wie das Ministerpräsident Dr. Benesch — der eine sehr wichtige Mittlerrolle zwischen Paris und London gespielt hat und in das Geheimnis offenbar tief eingeweiht worden ist — ankündigt. Wer möchte nicht wünschen, daß diese frühe Frühlingsbotschaft Glauben verdient!

Nach der offiziellen Savasagentur bezieht sich das bisher erreichte Einverständnis auf die drei folgenden besonders wichtigen Fragen:

1. Die Genuaer Konferenz könne die in Frankreich seit dem Frieden unterzeichneten Verträge nicht mehr in Frage stellen, also nicht nur den Versailler Friedensvertrag, sondern auch die in Trianon, St. Germain und Neuilly geschlossenen Verträge, deren volle Aufrechterhaltung von den Staaten der Kleinen Entente verlangt wird. Es werde das auch mit dem Vertrag von Sevres der Fall sein, der noch nicht ratifiziert sei, und der noch den Gegenstand von Verhandlungen zwischen den interessierten Regierungen bilde. Auf der Genuaer Konferenz könnten Verträge wie der von Brest-Litowsk oder wie die, welche die Sowjetregierung mit den von dem ehemaligen Rußland abgetrennten Staaten abgeschlossenen Verträge nicht in Frage gestellt werden. In dieser Absicht sei auch Artikel 6 des Cannes Beschlusses, der ausdrücklich erkläre: „Alle Länder müssen gemeinsam die Verpflichtung übernehmen, sich jeden Angriffes auf ihre Nachbarn zu enthalten“, formell festgesetzt worden. Hierdurch solle das Recht auf Sanktionen, namentlich etwa notwendig werdende neue territoriale Befestigungen in Deutschland vollkommen gesichert bleiben. Es handle sich nur darum, den Artikel 10 des Völkerbundstatuts zu erneuern, indem man ihn auf die Nationen ausdehne, die wie Rußland und Deutschland dem Völkerbund noch nicht angehören. Es scheint, daß nach Meinung Englands diese Klausel sich auch unmittelbar auf die Beziehungen zwischen Polen und Sowjetrußland beziehe.

2. Die Genuaer Konferenz könne den Ansprüchen der Alliierten auf die Reparationen keinen Abbruch tun, wobei ihre Höhe noch ihre Art könnten dort in Frage gestellt werden.

3. Die Rechte des Völkerbundes sollen in Genua nicht eingeschränkt werden. Diesem Organismus würden die alliierten Regierungen das Studium der Probleme, die der Genuaer Konferenz vorliegen, übermittelt haben, wenn Deutschland und Rußland ihm angehört. (Nach dem „Matin“-Berichtersatter soll Frankreich vollkommen geneigt sein, Deutschland und Rußland und auch später Sowjetrußland in den Völkerbund zuzulassen, da die Genuaer Konferenz dem Völkerbund die erforderlichen Grundlagen liefern werde, um die politische Haltung dieser beiden Staaten zu prüfen.) Gewisse Entschärfungen der Genuaer Konferenz, so fährt der Sonderberichtersatter der Agentur Savas fort, könnten dem Völkerbund zur Ausführung überwiesen werden. Auf alle Fälle solle aber die Genuaer Konferenz sich nicht zu einem ständigen Organismus ausbilden, der mit dem Völkerbund in Wettbewerb trete.

Die Sowjetregierung könne aus der Tatsache ihrer Zulassung in Genua ihre Anerkennung als Regierung nicht folgern. Diese Frage werde bis zum Schluß der Beratungen zurückgestellt, und jede Regierung behalte nach dieser Richtung ihre volle Handlungsfreiheit. Was die russischen Schulden anbetreffe, so müsse die bolschewistische Regierung die Staatsanleihen der vorausgegangenen Regierungen übernehmen. Das Problem der europäischen Abrüstungen werde in Genua nicht gestellt, da Deutschland die im Versailler Friedensvertrag vorgesehenen Verpflichtungen noch nicht vollkommen erfüllt habe. (1)